Nr. 608. 46. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 28. November 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Neue schwere Kämpfe um Bourlon und Fontaine.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 28. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war das Artilleriefeuer zwischen dem Houthoulster Walde und Zandvoorde von Mittag an lebhaft; bei Passchendaele schwoll es am Abend zu größter Heftigkeit an.

Zu beiden Seiten der Scarpe erhöhte Gefechtstätigkeit. Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai leitete scharfer Feuerkampf mit Tagesanbruch die Angriffe ein, die der Engländer mit frisch eingesetzten Divisionen gegen Bourlon, Fontaine und unsere anschließenden Stellungen richtete.

Westlich von Bourlon brachen seine Angriffswellen und die ihnen voranfahrenden Panzerwagen in unserem Feuer zusammen.

Zwischen Bourlon und Fontaine drang der Feind nach mehrmaligem vergeblichen Ansturm in unsere Abwehrzone ein. Bourlon und Fontaine gingen vorübergehend verloren.

Die durch den erbitterten Häuserkampf stark gelichteten englischen Verbände traf der Gegenstoß unserer Infanterie. Umfassend angesetzt und schneidig geführt, nahm sie die Dörfer im glänzenden Ansturm wieder und warf den Feind in den Wald von Bourlon zurück. Mehr als 200 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre blieben in ihrer Hand.

Das starke Feuer ließ bei Eintritt der Dunkelheit nach; örtliche Infanteriekämpfe dauerten bis in die Nacht hinein fort.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich von Tahure ließ der Franzose bei einer mißlungenen Unternehmung Gefangene in unseren Gräben.

Auf dem östlichen Maasufer war die Artillerietätigkeit am Vormittag gesteigert; sie flaute von Mittag an zu mäßigem Störungsfeuer ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nordöstlich von Romeny stießen starke französische Abteilungen gegen unsere Linien vor; sie wurden im Nahkampf abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

und

mazedonische Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff. (W. T. B.)

*

Wien, 28. November. (W. T. B.)

Amtlich wird verlautbart:
Nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Neue Veröffentlichungen aus den russischen Geheimdokumenten.

Stockholm, 28. November. (W. T. B.)

In der Prawda vom 24. wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse. Am 5. März 1915 telegraphierte der Außenminister Sasonow dem Botschafter in Paris über Englands Zustimmung zu Rußlands Wünschen betreffend **Konstantinopel** und sagt am Schluß des Telegramms, was Frankreich anbelangt: „Für mich persönlich, der ich das größte Vertrauen zu Delcassé hege, sind die Versicherungen, die er abgegeben hat, vollkommen genügend, aber die Kaiserliche Regierung muß wünschen, präzisierte Aeußerungen über Frankreichs Zustimmung, daß unseren Wünschen ganz entgegenkommen wird, zu erhalten gleich den Versicherungen, die England abgegeben hat.

Am 7. März 1915 telegraphiert Sasonow dem Botschafter in London u. a.: „Um den von den Alliierten gewonnenen Durchbruch durch die **Dardanellen** zu erleichtern, ist die kaiserliche Regierung bereit, dazu mitzuwirken, daß Staaten, deren Mitwirkung Großbritannien und Frankreich nützlich erscheinen kann, auf vernünftiger Basis für diese Aufgabe engagiert werden."

In einem Ziffrentelegramm vom 13. September 1917 an die russischen Botschafter in Paris, London, Tokio, Washington und den Gesandten in Stockholm spricht Tereschtschenko über die Abwickelung der **Kornilow-Affäre.** Er konstatiert unter anderem, daß die Kornilow-Affäre wesentlich hervorgerufen worden ist durch gegenseitige Mißverständnisse, veranlaßt durch das Auftreten verschiedener mißlungener und apokryher Zwischenhändler zwischen dem Hauptquartier und der Regierung. Ueber Kerenskis Ernennung zum höchsten Oberbefehlshaber wird gesagt, daß diese zur Beruhigung der demokratischen Elemente und der Soldaten notwendig war. Der tatsächliche Leiter der Kriegsoperationen werde der zum Stabschef ernannte General Alexejew werden.

Ein Telegramm des Außenministers vom 9. Oktober an die gleichen Botschafter berichtet über die Stimmung beim Zustandekommen des Vorparlaments, worin Tereschtschenko eine wichtige Errungenschaft sieht. Er konstatiert einerseits die große Nachgiebigkeit der gemäßigt sozialistischen Leiter, aber auf der anderen Seite, daß die Extremisten großen Erfolg bei den Massen und den Räten haben, deren Bedeutung jedoch, wie er glaubt, stark vermindert werden werde.

In einem Telegramm an die gleichen Botschafter **nach Rigas Fall** sagt Tereschtschenko, daß dieser starken Eindruck gemacht und ernüchternd gewirkt hat. Gleichzeitig sagt er, es nicht unausgesprochen lassen zu können, daß die Mitteilungen von den alliierten Reichen nach Petersburg, insbesondere betreffend Aeußerungen der Zeitungen über die Ereignisse an der russischen Front, in patriotisch gestimmten russischen Kreisen einen peinlichen Eindruck machten. „Während man hier," sagt er, „alle Anstrengungen macht, die Entschlossenheit zu befestigen, den Krieg um jeden Preis fortzusetzen, und während die Stimmung in der Gesellschaft zugunsten der Bundesgenossen vorhanden ist, scheint die Meinung bei den letzteren gleichsam ihr Vertrauen zu verweigern. Dies erregt hier Verwunderung, weil unsere Julioffensive und die durch sie veranlaßte Gegenoffensive trotz aller Mißgeschicke die Deutschen gezwungen hat, an unserer Front größere Streitkräfte zu konzentrieren, als jemals vorher. Kerenskis Regierung hat dahin gestrebt, den Zustand faktischer Waffenruhe abzubrechen, welcher im Frühjahr dem Feinde ermöglichte, Truppen von unserer Front auf die französische Front zu werfen, und diese Absicht ist voll erreicht worden." Tereschtschenko hofft, daß Maßnahmen ergriffen werden mögen, um auf die allgemeine Meinung unter den Alliierten einzuwirken, wobei hervorgehoben werden müßte, daß kein Schwanken in Rußland hinsichtlich der Richtung der Außenpolitik herrscht, der zufolge der Krieg mit aller Kraft und in vollem Einvernehmen mit der Entente geführt werden müsse.

Am 30. September 1917 telegraphiert Tereschtschenko an die Vertreter Rußlands in Paris, Rom und London: Aus Unterredungen mit den hiesigen Botschaftern der Alliierten, in Sonderheit mit dem offenherzigsten von ihnen, dem amerikanischen Botschafter, ziehe ich den Schlußsatz, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten **Konferenzen in Paris oder London** ein Uebereinkommen getroffen zu haben scheinen, betreffend eine Verteilung derjenigen Gebiete unter sich, die uns künftig materielle Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges gewähren müßten. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage ist für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, einen hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich drohenden Charakter anzunehmen. Auf Grund hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlag zu ergreifen, daß sie aktiver als bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikationen teilnehmen möchten, wenn Bereitwilligkeit ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie, deshalb vorsichtig in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.

Der deutsche Heeresbericht in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 27. November.

Auf persönliche Anordnung Clemenceaus wurde von heute an in der französischen Presse der Abdruck des ganzen deutschen Heeresberichts, also auch die Mitteilungen über die Westfront gestattet. Gleichzeitig wird aber der französische Leser durch die Mitteilung der „Agence Havas" ermahnt, den Berichten des deutschen Generalstabes nur bedingten Glauben zu schenken, der jetzt wahrscheinlich den Versuch machen werde, durch seinen Heeresbericht verwirrende und beunruhigende Nachrichten über Frankreich zu verbreiten.

Die Massenflucht der oberitalienischen Bevölkerung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 28. November.

„Giornale d'Italia" schreibt: „Es sind ganze Völker, die sich in wilder Flucht nach Mittelitalien wälzen und mit ihrem Flüchtlingselend alle Städte überschwemmen, auf den Straßen kampieren und erfrieren und fast zu verhungern drohen." Die wenigen, die im Besitz einiger Mittel sind, werden, wie der Abgeordnete Monti Guarnieri in einem öffentlichen Briefe brandmarkt, teilweise auf das schamloseste ausgewuchert. In Rom kommt es vor, daß Flüchtlinge für eine elende Dachkammer mit einem Bett ohne Matratze fünfzehn Franken täglich zahlen müssen. Alle Blätter bringen lange Spalten, worin die Eltern ihre Kinder suchen und umgekehrt. So wild hat die Panik die vielen Hunderttausende armer Menschen durcheinandergeworfen. Mittlerweile veröffentlichen die Kriegsblätter wieder alle möglichen Galvanisierungsnachrichten. Unter dem Titel „der wundervolle italienische Rückzug" druckt „Giornale d'Italia" die angebliche Behauptung der „Morning Post" ab, das italienische Heer und seine Führung hätten heute an Prestige noch erheblich gewonnen. In derselben Nummer erzählt das Organ Sonninos, wie die „bulgarischen und türkischen Komitatschis" gegen Venetien und seine Kunstwerke losgelassen seien. Ueberall im Lande herrschen Schrecken sregiment. So wurde in Neapel ein neunundsiebzigjähriger, angesehener Notar namens Gionamiglio, der in der elektrischen Bahn das Eingreifen Italiens gegen seine alten Verbündeten bedauerte, unverzüglich als „Saboteur des Krieges" verhaftet und eingekerkert.

Amsterdam, 27. November. (W. T. B.)

Einem hiesigen Blatte zufolge erfahren „Times" aus Mailand, daß 700 000 Flüchtlinge aus den besetzten italienischen Provinzen Mailand passierten.

Die Alliierten unter sich.

Die veröffentlichten Geheimdokumente.

Von **Hans Vorst.** [Nachdruck verboten.]

Die Petersburger Telegraphenagentur ist nach längerem Schweigen wieder in Funktion getreten. Amtliche Nachrichten über die Entwicklung der inneren Verhältnisse Rußlands hat sie uns noch nicht gebracht. Statt dessen übermittelt sie eine Anzahl geheimer Dokumente und Telegramme aus den Archiven des russischen Auswärtigen Amts, die Trotzki jetzt in dem bolschewistischen Zentralorgan „Pravda" der Oeffentlichkeit übergeben hat. Diesen Schritt hatten die Bolschewisten schon seit den ersten Zeiten der russischen Revolution für notwendig erklärt, um mit den Traditionen der geheimen Diplomatie zu brechen. Schon als es im Mai, wegen der auswärtigen Politik Miljukows, zum Konflikt zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der ersten provisorischen Regierung kam, machte sich im Sowjet, trotz seiner damals noch bedeutend gemäßigteren Zusammensetzung, eine starke Strömung dafür geltend, die Regierung zur Veröffentlichung der Geheimverträge zu veranlassen. In einer gemeinsamen Nachtsitzung, welche die Regierung mit dem Sowjet abhielt, kam schließlich eine Einigung zustande. Man erfuhr, daß Miljukow in dieser Sitzung den Arbeiter- und Soldatenabgeordneten Mitteilung über amtliche Depeschen der alliierten Regierungen gemacht habe, die er aus Anlaß des ausgebrochenen Konflikts erhalten hatte. Der Inhalt der Depeschen wurde natürlich nicht bekanntgegeben, aber sie müssen wohl sehr energische Drohungen an die Adresse Rußlands enthalten haben, denn es war offenbar, daß sie einen starken Eindruck auf die Mehrheit des Sowjets gemacht hatten, der sich dadurch bewegen ließ, den Gedanken an die Veröffentlichung der Geheimverträge fallen zu lassen. Nur die Bolschewisten hielten nach wie vor an dieser Forderung fest, und sie haben sie nun, soweit sie dazu in der Lage waren, zur Ausführung gebracht, sobald sie zur Macht gelangten.

Wer sich eine besondere Sensation von dieser Veröffentlichung versprochen hatte, ist zunächst nicht auf seine Kosten gekommen. Etwas wesentlich Neues bietet der Bericht der Petersburger Telegraphenagentur noch nicht. Er bestätigt die längst bekannte Tatsache, daß sowohl auf seiten Rußlands als auf seiten Frankreichs die ausschweifendsten Eroberungsabsichten bestanden haben. Von eigentlichen Verträgen spricht aber die Agentur merkwürdigerweise nicht. Es ist von Ansprüchen die Rede, die Rußland geltendgemacht hat, und von Forderungen, welche die Verbündeten aufgestellt haben. Die veröffentlichten Materialien beziehen sich also auf eine Zeit, in der die Verhandlungen noch schwebten, und der schließlich zustande gekommenen Verträge sind die Bolschewisten noch nicht habhaft geworden. Man erhält daher vor der Hand nur ein unvollständiges Bild. Sehr bedauerlich ist es besonders, daß die Publikation noch keine genügende Klarheit über die Kriegsziele gebracht hat, die England für sich vertreten hat. Denn es ist nicht anzunehmen, daß diese Frage durch die Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre und durch die bezüglich der asiatischen Türkei geäußerten Wünsche bereits erschöpft sei. Ob das geplante Sonderabkommen über die Türkei schließlich zustande gekommen ist, geht noch nicht klar hervor. Ferner werden die Ansprüche Italiens bisher leider nur in sehr allgemeinen Ausdrücken erwähnt.

Es ist ganz offenbar, daß es den bisherigen Machthabern Rußlands geglückt ist, die wichtigsten und interessantesten Dokumente rechtzeitig beiseite zu bringen. Es wäre ja möglich, die Vermutung aufzustellen, daß der Gedankenaustausch über die Kriegsziele des Verbandes im Verhandlungsstadium stecken geblieben und es gar nicht zum Abschluß formeller Verträge gekommen sei. Aber eine solche Auffassung wird durch jene unvorsichtige Aeußerung Ribots in der französischen Kammer widerlegt, daß er bereit gewesen sei, die Geheimverträge zu veröffentlichen und nur auf den ausdrücklichen Wunsch der russischen Regierung davon Abstand genommen habe, um ihr in ihrer schwierigen Lage keine weiteren Unbequemlichkeiten zu verursachen. Gerade diese Erklärung Ribots wurde bekanntlich für die Regierung Kerenskis zu einer Quelle beträchtlicher „Unbequemlichkeiten". Und jetzt, wo die Geheimverträge verschwunden sind, dient sie noch zum Beweise dafür, daß solche jedenfalls existiert haben. Leider ist Ribot jetzt nicht mehr Minister. Denn sonst könnte ihm jetzt nichts mehr im Wege stehen, seine damals geäußerte Absicht zu verwirklichen, nachdem die neue russische Regierung ihren festen Willen bewiesen hat, alle geheimen Verträge ans Licht zu bringen.

Aber die Publikation Trotzkis weist noch weitere deutliche Lücken auf. Die Bolschewisten mußten bestrebt sein, durch dieses Mittel die Regierung Kerenskis und ihre auswärtige Politik nach Möglichkeit zu kompromittieren. Sie haben von jeher den Vorwurf erhoben, daß Kerenski und Tereschtschenko heimlich die imperialistische Politik ihrer Vorgänger fortgesetzt hätten. Es wäre in der Tat eine große Sensation gewesen und hätte die Stellung der neuen Regierung wesentlich kräftigen müssen, wenn es ihnen gelungen wäre, für diese Behauptungen jetzt den Beweis zu

erbringen. Wenn das nicht geschehen ist, so liegt es in diesem Fall nahe zu glauben, daß es nicht nur an der Beseitigung des kompromittierenden Materials liegt, sondern daß sich Kerenski einer solchen Täuschung der öffentlichen Meinung wirklich nicht schuldig gemacht hat.

Sicherlich ist dagegen der andere Vorwurf der Bolschewisten berechtigt gewesen, daß die bisherige Regierung durch die von ihr befolgte Politik das revolutionäre Rußland den Bundesgenossen gegenüber in eine völlig abhängige und hilflose Lage gebracht habe. Wir haben darüber wiederholt ausführlich gesprochen. Das in der „Soldatskaja Prowda" veröffentlichte Geheimtelegramm Tereschtschenkos vom 9. Oktober dieses Jahres an die russischen Botschafter in Paris, London und Rom verbreitet nun einiges Licht darüber, wie die westlichen Verbündeten ihre überlegene Position geltend gemacht haben und daß diese Tatsache schon von Kerenski selbst bitter und peinlich empfunden worden ist. Die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens haben durch einen Kollektivschritt die russische innere Politik zu beeinflussen gesucht und dabei in kaum verhüllter Weise die Rußland bisher gewährte materielle Unterstützung einzustellen gedroht. Kerenski hat daraufseinerseits mit dem drohenden Hinweis auf den wachsenden Unwillen des russischen Volkes gegen die Bundesgenossen geantwortet und erklärt, „daß Rußland immer noch eine Großmacht sei." Leider gibt das Telegramm aber wieder keinen Aufschluß darüber, welche Maßregeln die Alliierten zur Wiederherstellung der russischen Disziplin und „für das regelmäßige Funktionieren des Regierungsapparates" in Vorschlag gebracht haben. Solche Details würden sicherlich dazu beitragen, auch die gemäßigten Sozialisten Rußlands darüber aufzuklären, welche Nachteile die von ihnen unterstützte auswärtige Politik Kerenskis im Gefolge gehabt hat. Außerdem ist anzunehmen, daß dies keineswegs der erste und einzige Schritt dieser Art gewesen ist, und es wäre z. B. von großem Interesse gewesen, das Telegramm kennen zu lernen, durch das die Alliierten, wie erwähnt, schon im Mai der Veröffentlichung der Geheimverträge vorgebeugt haben.

Es ergibt sich, daß die bisherigen Publikationen Trotzkis noch in mancher Beziehung ergänzungsbedürftig sind, und daß noch manche interessante Enthüllungen bevorstehen, wenn es den Bolschewisten gelingt, sich der von Neratow beiseite gebrachten Schriftstücke noch zu bemächtigen. Unter anderem fällt es auf, daß bisher sogar der Londoner Vertrag vom 5. September 1914 zwischen der die einzelnen Kontrahenten verpflichtete, nur gemeinsam in Friedensverhandlungen einzutreten, und angeblich für Rußland durch eine besondere „Revolutionsklausel" eine Ausnahme festsetzte.

Obgleich das bisher veröffentlichte Material noch sehr unvollständig ist, kommt doch diesem Schritt der russischen Regierung der Arbeiter und Bauern große historische Bedeutung zu. Das Pariser Ministerium des Aeußern hat vorbeugend mitteilen lassen, daß die in Trotzkis Händen befindlichen Geheimdokumente inzwischen durch die Ereignisse überholt seien, daß sie nur Abmachungen zugunsten Rußlands enthielten und Frankreich ihre Veröffentlichung nicht zu scheuen brauche. Dieser Versuch, die wahre Sachlage zu vertuschen, kann schon jetzt als völlig mißglückt bezeichnet werden. Schon die bis jetzt vorliegenden Dokumente beweisen unwiderleglich, von welcher maßlosen Begehrlichkeit sich die Staaten der Entente bei der Festsetzung ihrer Kriegsziele haben leiten lassen, und mit welchem weitherzigen Entgegenkommen sie die beiderseitigen imperialistischen Wünsche behandelten. „Im allgemeinen muß man eingedenk sein," so telegraphiert Sasonow, „daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen." Dieser eine Satz sagt genug. Die bolschewistische Regierung hat den schwersten Schlag geführt, der bisher gegen die idealistischen Phrasen geführt worden ist, mit denen die Staatsmänner der Entente ihre eigennützigen und imperialistischen Absichten zu verhüllen suchten. Das Mißtrauen der Völker gegen die bisherigen Methoden der Diplomatie muß dadurch wesentlich gesteigert werden. Und wollen die Ententeregierungen den moralischen Kredit, den sie bei den eigenen und den neutralen Völkern genossen haben, nicht einbüßen, so wird ihnen schwerlich etwas anderes übrig bleiben, als ihre früheren Kriegsziele jetzt in unzweideutiger Weise zu widerrufen, womit für die Sache des Friedens immerhin schon etwas gewonnen wäre.

Aber darüber hinaus verspürt man aus dem gewiß gewaltsamen und revolutionären Schritt der bolschewistischen Regierung etwas wie das Wehen einer neuen Zeit. „Die Soldaten- und Arbeiterregierung hat", sagt Trotzki, „die Geheimdiplomatie mit ihren Ränken, Chiffren und Lügen abgeschafft." Sie bekräftigt für sich den unabänderlichen Beschluß, Offenheit und Klarheit auch in den internationalen Beziehungen walten zu lassen, auch auf sie das Prinzip der demokratischen Kontrolle anzuwenden, das in bezug auf die innere Politik in allen Kulturstaaten Geltung hat. Wenn der Gedanke, der dieser Tat zugrunde liegt, Schule machen kann, so wird darin eine der wirksamsten Garantien dafür liegen, daß sich keine agressiven Koalitionen mehr bilden: ein Ziel, das schon Bethmann Hollweg für die deutsche Politik aufgestellt hatte, freilich ohne die rechten Wege dafür zu weisen.

*

Petersburg, 27. November. (Reuter.)

Der Maximalistische Oberbefehlshaber Krylenko ist an die Frontabgegangen, nachdem er an Armee und Flotte ein Friedensmanifest erlassen hatte. Die Maximalisten melden die Verhaftung des Generals Ruabtsew, des früheren Kommandeurs im Moskauer Militärbezirk, der den Versuch machte, als Bauer verkleidet zu entkommen.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 27. November. Amtlich. (W. T. B.)

Im englischen Kanal wurden durch eines unserer Unterseeboote wiederum 12 500 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer bewaffneter englischer Dampfer von über 5000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Graf Czernin über die Friedensbereitschaft Oesterreich-Ungarns.

Wien, 28. November. (W. T. B.)

Die Slawische Correspondenz meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Herrenhauses äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffene Lage. Er betonte die Bereitwilligkeit und Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen und annehmbaren Frieden einzutreten.

Die Fraktionsführer beim Reichskanzler.

Der angekündigte Empfang der Fraktionsführer beim Reichskanzler findet heute nachmittag statt, und zwar werden die Parteiführer gemeinsam beim Reichskanzler erscheinen.

Störungen im Fernsprechverkehr.

W. T. B. meldet: Infolge des anhaltenden Unwetters sind in den Fernleitungen immer wieder neue Störungen aufgetreten, so daß der Fernsprechverkehr nach einer größeren Anzahl von Orten erhebliche Verzögerungen erleiden wird.

Die polnischen Parteiführer in Berlin.

Die zum Besuch in der Reichshauptstadt erwarteten polnischen Führer sind heute morgen sämtlich hier eingetroffen. Ihr Führer ist der frühere Abgeordnete v. Parczewski- der als polnischer Abgeordneter alle viermal der Duma angehört hat. Die polnischen Führer sind die Vertreter der verschiedensten Gruppen der sogenannten Aktivisten. Der Zweck der Reise ist vor allen Dingen Fühlung nicht so sehr mit den deutschen Behörden, als mit dem Reichstag zu nehmen, um den deutschen Volksvertretern, die vertraulich in diesem kurzen Sitzungsabschnitt auch an der polnischen Frage nicht vorübergehen werden, im einzelnen die Ideen und Ziele der polnischen Aktivisten zu unterbreiten und zu begründen. Zu diesem Zweck wird voraussichtlich am Sonnabend die erste formelle Besprechung der Polen mit den Parteiführern des Reichstages veranstaltet werden; unverbindliche Besprechungen werden aber vermutlich schon heute und in den nächsten Tagen vorangehen.

Delbrück über die Wahlreform.

Seine Mahnung an die Konservativen.

Im Dezemberheft der Preußischen Jahrbücher äußert sich Prof. Hans Delbrück in bemerkenswerter Weise über die preußische Wahlreform. Besonders treffend ist seine Mahnung an die Konservativen. Er wirft ihnen vor, daß ihre Angst, die Partei Eugen Richters und die Sozialdemokratie möchten den Hauptvorteil von der Wahlreform haben, keinen Hund mehr vom Ofen vorlocke. Diese Parteien hätten sich gegen früher völlig geändert, genau so wie das Zentrum, dem man seinerzeit Reichsfeindschaft vorgeworfen habe. Er kenne seit dem 1. August 1914 keine interessantere Lektüre als die der jungen Sozialdemokratie, die sich ihres eigenen Wesens und ihrer Umwandlung bewußt zu werden suche. Demgegenüber seien die Agitationsschriften unserer Nationalisten furchtbar öde. Dann heißt es wörtlich:

„Was ist denn heute noch unsere konservative Partei? Nichts als der Trümmerhaufe einer großen Vergangenheit. Wie oft hat man gerufen nach einer konservativen Volkspartei, nach irgendeinem Element, das nicht bloß den Grundbesitzern und einigen Gebildeten, sondern auch den Massen den konservativen Gedanken lieb machen könne. Dieses Bedürfnis, dem Konservatismus einen Teil von den demokratischen Teilen zuzusetzen, war ja schon die eigentliche Wurzel der Stöckerschen Bewegung. Jetzt soll eine wilde Uebertreibung des nationalen Machtgedankens helfen. Aber die große Zukunft Deutschlands liegt in ganz anderer Richtung. Alles wandelt sich, und auch unsere Parteien müssen sich wandeln. Wie dieser Prozeß sich vollziehen wird, vermag noch niemand vorauszusehen, aber so viel ist schon klar und gewiß, daß, wenn wir die Folgen der preußischen Wahlreform zu berechnen wünschen, wir nicht mehr mit dem Parteigetriebe und den Gegensätzen der Friedenszeit vor 1914 rechnen dürfen. Wenn die konservative Partei heute die Zeichen der Zeit verstände, nähme sie sich ein Beispiel an dem französischen Adel in jener Augustnacht 1789, wo er selber in der Nationalversammlung die Aufhebung der Feudalrechte beantragte. Man sage nicht etwa, das dem französischen Adel doch diese Nachgiebigkeit schlecht bekommen sei. Schlecht bekommen ist ihm, daß er nicht in der Richtung des Entgegenkommens gegen den neuen Geist geblieben ist, sondern sich ihm widersetzt hat. Eher mag man einwenden, daß die Ueberlieferung bezüglich dieses 4. August stark legendarisch ist. Aber auch die Legenden haben ihre, wenn nicht reale, doch ideale Wahrheit, und diese ideale Wahrheit des 4. August 1789 ist es, die heute unseren Konservativen den richtigen Weg weisen würde und müßte — den Weg zur konservativen Volkspartei."

Für die Wahlreform selbst macht Delbrück namentlich zwei Gründe geltend: Die Sozialdemokratie müsse erstens die Gewähr haben, daß in dem Staatswesen, das sie durch die jahrelangen Kämpfe neu gesichert habe, unumschränkte Gleichheit herrschen werde. Ferner dürften die Kriegswucherer mit ihrem Geldsack auf keinen Fall mehr bedeuten als die Krieger, deren bürgerliche Existenz durch den Krieg vielleicht völlig vernichtet sei. „Nichtsdestoweniger", sagt Delbrück, „sind die Widerstände gegen die Reform so stark, daß die ganze Energie der geschlossenen Regierung dazu gehören wird, die Reform durch die beiden Häuser des Landtags zu bringen. Wenn der Minister des Innern auch nur mit der Wimper zuckt, ist sie verloren. Die Gefahr ist um so größer, als man weiß, daß sowohl Graf Hertling wie Herr Dr. Friedberg bisher dem gleichen Stimmrecht durchaus nicht besonders geneigt waren. Aber nachdem sie einmal die Notwendigkeit erkannt und zugestanden haben, wird man hoffen dürfen, daß sie auch die starke Hand zeigen werden, die, ein solches Werk durchzuführen, notwendig ist. Der Krieg ist es, der die Reform fordert, das ist das Wort, das der neue Präsident und der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums im Abgeordnetenhause sprechen müssen, wenn sie zeigen wollen, daß sie auf ihrem Platze die rechten Männer sind. Dann aber werden sie auch durchdringen."

* Auf Einladung der **Juristischen Gesellschaft** spricht am Sonnabend, 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Anwalthause, Schöneberger Ufer 40, Eingang Blumenhof 17, Ministerialdirektor Dr. Karl Meyer (München) über das Thema „Keime künftiger Rechtsentwickelung im Kriegsnotrecht".

Das feldgraue Jahr.

Von [Nachdruck verboten.]

Walter v. Hollander (im Felde).

Als der Krieg begann, erlosch die Zeit. Jäh in der Mitte brach der Sommer ab. Oder war das Sommer: die überhitzte Glut in den Städten, Fahnen und Tränen um fortgleitende Soldatenzüge? Das war nicht der reifende Herbst, in dem wir auf Stoppeln die militärischen Grundbegriffe erschwitzten, indes ferne Felder das erste Blut tranken und der Tod Naher und Befreundeter die ersten Lücken in Herz und Erinnerung riß. Als dann die Hirsche zu schreien begannen und der feste, milchweiße Nebel schulterhoch auf den Sumpfwiesen und zwischen dornigem Gestrüpp stand (oh — verliebte Feriengänge des Studenten und grogerleuchtete Mondnächte!) fiel der Vorhang über unser bisheriges Leben, und es begann auf blutiger Szene das grausame Spiel vom Tode, ganz ohne Verbindung mit Vergangenheit und Zukunft, hart, groß und auffangend in die Gegenwart hineingesetzt. Alles vom Grunde aus durchrüttelnd waren die ersten Aengste um Leib und Leben, die Abhärtung gegen Wunde und Tod anderer, gegen Schmutz, Gestank und Nässe. Alles versank daneben, versank neben dem Staunen über das Gerettetsein und das leere Leben, das täglich haarnah am Tode vorbeiglitt.

Dieses alles war ja nur als Episode gedacht, als schreckhafte Vision, gegen die sich das kommende Leben leuchtend abheben sollte, wie glasblaue Berge gegen den verblutenden Herbsthimmel. So schloß man alle Innenaugen zu, versenkte bleiterne Wünsche, Wille und Zukunft und umwattete das Herz mit Verzicht, damit es nicht mehr so schmerzhaft laut gegen seine Wände schlüge. Wenn ich genau nachdenke, so merke ich, daß ich nur noch wenig weiß von Jahrzeit und Landschaft des ersten Kriegsjahres. Ich erinnere mich nur etwa, daß wir, nach verregneten Nächten in der ersten Dämmerung aus unseren Schlammlöchern auftauchend, auf einer nebeligen Chaussee unsere erstarrten Glieder wieder in Bewegung brachten und daß eines Tages vier der Kameraden hierbei lautlos mit zerschmettertem Schädel zusammen sanken. Das mag November gewesen sein. Oder daß wir auf einem breitausladenden Hügel zurückmarschierend in Maschinengewehrfeuer kamen und den Schnee verfluchten; auf den der Mond breit und schwer unsere bepackten Schatten malte. Das war wohl Januar. Oder daß wir an einem Märzabend hinter einem Bahndamm kauerten und froren. So ist fast alles, was ich noch weiß, ganz an das Erlebnis von Haut und Gliedern geknüpft, und Gefühl, Augen und Erinnerung schliefen einen künstlichen Schlaf. Denn der Verstand wehrte das Erwachen zum Kriege.

Doch das ersehnte Erwachen zum Frieden kam nicht. Als wir aber aus der Arrasschlacht im Mai 1915 kamen und der Frühling, der noch schlief, als wir hineingingen, sich in allen Bäumen entfachert hatte, als plötzlich überall Blüten standen, die wir nicht erblühen sahen, da zerriß Sehnsucht ihre künstliche Hülle, brach auf und wollte alle Adern sprengen. Da erkannte ich zum ersten Male, wie sehr wir alle aus dem Leben gestoßen sind, und daß es nicht möglich ist, dieses alles geschlossenen Auges und schlafenden Herzens über sich ergehen zu lassen. Und daß das Leben über alle hinweggeht, die sich nicht an ihm festklammern. So galt es auch diesen Krieg fest in das eigene Leben einzubauen, auf die Gefahr hin, daß irgendeine gleichgültige Kugel den Bau vorzeitig zertrümmerte. Das war nicht leicht. Denn immer wieder bäumte sich Hoffnung dagegen auf, daß der Krieg ein Zustand sein sollte, daß den Glücklichsten — denen die am Leben blieben — mehrere Jahre ihrer Arbeits- und Schaffenskraft genommen werden sollten. Monat um Monat. Kampf um Kampf, Tod um Tod mußten auf die erschrockene Seele fallen, ehe sie sich der Erkenntnis beugte, daß es nicht angeht, diese Jahre zu streichen, daß sie vollgültig und übermäßig kraftzehrend zu unserem Leben gehören und kein Anhängsel sind, das man später lachend oder wehmütig in den Erinnerungskasten wirft. Denken und Arbeit erwuchs wieder. Kein leichtes Denken und keine beschwingte Arbeit . . .

So hat sich inmitten des Krieges das Dasein stabilisiert. Ein Dasein mit eigenem Rhythmus und mit Einschnitten, die unserem früheren Leben auf eine grausame und lächerliche Art nachgeäfft sind. Tage und Nächte haben eigene Gestalt und Farbe, und die Jahreszeiten, die unter dem Wust des Erschreckens schliefen, sind auferstanden. Man weiß wieder voraus, wie es kommen wird. Es wird Winter werden. Das ist: Abflauen des Kampfes, Hindämmern in Stollen und hinter Drahtzäunen oder friedlicher Stumpfsinn eines schmutzigen Dorfes, Kerzen in behelfsmäßigen Leuchtern, knietiefer Schlamm und lange Nächte auf Drahtbetten. Und Vorfrühling: das ist dann fieberndes Vorbereiten, die Luft erfüllt von Gerüchten und im Tropfen der Dächer die Vorahnung düsteren Leides. Frühling: jähes Aufflammen der Kanonen auf allen Seiten, wildeste Kraftentfaltung in der Zerstörung und erniedrigender Tod. Frühsommer: Kampfpause. Atemholen. Verwundertes Fragen des Herzens nach dem spurlosen Frühling. Ausstrecken gekrümmter Rücken auf durchblumter Wiese. Sommer: Marsch an grauverstaubten Chausseebäumen vorüber, neu erwachtem Rasen der Geschütze entgegen. Lastende Sonne über der Totenzone und unbarmherziger Mond auf den gezackten Rändern der Trichter. Herbst dann: Reifende Müdigkeit und erbittertes Ausharren.

Das etwa sind die Jahreszeiten der Welt des Soldaten, gewohnt, durchlebt und hingenommen. Nur darf es nicht sein, daß irgend jemand diese Welt als selbstverständlich hinnimmt. Es ist schwer, im Gange dieser Jahreszeiten aufrecht zu bleiben, und man muß sehr gläubigen Herzens sein, um zu wissen, daß Landschaft und Jahreszeit unserer Kindheit nicht gestorben sind, sondern in unruhigem Schlaf auf uns warten.

⊙ **Die Eideleistung der polnischen Regenten im Bilde.** Der bekannte Berliner Maler Hermann Widmer, der lange Zeit als Kriegsmaler auf verschiedenen Kriegsschauplätzen tätig war, reist in diesen Tagen nach Warschau, um dort ein größeres Bild, „Die Eideslesung des polnischen Regentschaftsrates in der Kathedrale zu Warschau", zu malen. Der Künstler war bei den Feiern im königlichen Schloß und in der Kathedrale zugegen und konnte dort seine Skizzen machen.

⊙ **Ein Kaiser-Franz-Josef-Denkmal für Wien geplant.** Für den Platz vor der Votivkirche in Wien hat der Hofbaumeister Hofrat Prof. Friedrich Ohmann den Entwurf eines Kaiser-Franz-Josef-Denkmals vollendet. Da die Votivkirche (die zur Erinnerung an die Errettung Franz Josefs 1858 aus Mörderhand gebaut wurde) mit den Lebensschicksalen des Kaisers so eng verknüpft ist, hat Ohmann sie in die von ihm gedachte architektonische Anlage einbezogen. Den Mittelpunkt soll die Figur des Kaisers, im Thronsessel sitzend, bilden; in einer großen Architektur von Hallen und Bogenstellungen sollen Motive aus den Ereignissen der Regierung des Kaisers dargestellt werden. Die Kosten der Anlage werden auf 9 Millionen Kronen veranschlagt.

⌂ **Kleine Mitteilungen.** Die Marionettenspiele Deutscher Künstler, die unter der künstlerischen Gesamtleitung des Münchener Bildhauers und Malers Karl Schichtl stehen, veranstalten vom 2. Dezember ab ein Gastspiel im Schiller-Theater-Saal in Charlottenburg. Dem Geheimen Kommissionsrat Frankfurter in Nürnberg ist das Oesterreichische Ehrenzeichen vom Roten Kreuz zweiter Klasse mit der Kriegsdekoration und vom Großherzog von Hessen das Hessische Kriegsehrenzeichen verliehen worden.

Zwei Harnack-Vorträge. Am 3. und 10. Dezember, abends 6 Uhr hält Adolf v. Harnack in der Hochschule für Musik in Charlottenburg zwei Vorträge über das Thema „Was wissen wir von Jesus außerhalb der Evangelien?" Der Ertrag kommt dem Charlottenburger Jugendheim zugute, in dessen Geschäftsstelle auch Eintrittskarten zu haben sind. Der erste Vortrag wird zeigen, daß wir bei Paulus und in der ältesten christlichen Literatur sichere Zeugnisse über Jesus besitzen, die man geradezu das fünfte Evangelium nennen kann. Der zweite Vortrag wird eine Reihe von Sprüchen Jesu behandeln, die erst im letzten Menschenalter in alten ägyptischen Papyri gefunden sind.

⊙ **Zur Linderung der Not in Schriftstellerkreisen.** Die August-Specht-Stiftung hat, wie uns aus Gotha geschrieben wird, beschlossen, in diesem Jahr von der Verteilung des Preises abzusehen. Die Beträge sollen vielmehr mit den anderen Mitteln der Stiftung zur Linderung der Not in Schriftstellerkreisen Verwendung finden. Die einzige literarische Ehrengabe in Höhe von 1000 Mark wird Grete Meisel-Heß für das Werk „Das Wesen der Geschlechtlichkeit" zuerkannt.

Ernährungsanträge im Abgeordnetenhause.

97. Sitzung, Mittwoch, 28. November, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Hergt, v. Waldow.

Die Vorlage auf **Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung** wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung unverändert **angenommen.**

Die Firma der Seehandlung lautet von jetzt ab: „Preußische Staatsbank (Königliche Seehandlung)".

Die Ernährungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des verstärkten Staatshaushaltsausschusses über die Sicherstellung der Volksernährung. Der Ausschuß legt 22 Anträge vor. Danach soll die technische Förderung der Landwirtschaft gewährleistet werden. Bei den Preisfestsetzungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen sachverständige, praktische Betriebsleiter zugezogen werden. Die Gemeindeverwaltungen sollen angehalten werden, die Zuführung der Lebensmittel rechtzeitig zu bewirken und ihre Verordnungen rechtzeitig bekanntzugeben. Ein Institut zur exakten experimentellen Erforschung der Nutzbarkeit der Hauptnahrungsmittel soll ins Leben gerufen werden. Nach weiteren Anträgen bedarf der Verkauf landwirtschaftlicher Grundstücke an nichtlandwirtschaftlich ausgebildete Bewerber der Zustimmung der Verwaltungsbehörden. Für die Schaffung der erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte soll Sorge getragen werden. Das Land soll besser mit Beleuchtungsstoff, mit Leder und die landwirtschaftlichen Arbeiter mit geeigneter Kleidung und Schuhwerk versehen werden. Weiter wird für die Landwirtschaft Stickstoff- und Kalidünger und zur Herstellung von Fleischdauerware und von Sauerkraut Salz in reichlicher Menge gefordert. Die Vergrößerung der Anbaufläche soll zur Erzielung einer ausreichenden Kartoffelernte in die Wege geleitet werden. Zur Verhinderung eines zu starken Abbaues unserer Viehbestände soll die Fleischration nicht erhöht werden. Eier, Obst und leicht verderbliches Gemüse sollen von der Zwangswirtschaft befreit werden.

Mit der Aussprache werden **Anträge aus dem Hause** verbunden. Sie fordern die Freigabe von Leder, die Lieferung von Holz an Bäcker, größere Rücksichtnahme bei der Zusammenlegung gewerblicher Betriebe, Berücksichtigung auch der kleineren und mittleren Wassermühlen und besondere Fürsorge für die Zucht des schweren Pferdes.

Die lebendige Mauer der Konservativen.

(Von unserem Korrespondenten.)

○ **Stettin,** 28. November.

In der Generalversammlung des konservativen Vereins für den Kreis Neustettin hielt dieser Tage der konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete v. Bonin-Bahrenbusch einen Vortrag über die politische Lage, wobei er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. U. a. meinte er, je mehr im Reichstag von Frieden „gequatscht" werde, um so später werde er kommen. Hätten wir zu Anfang des Krieges einen leitenden Staatsmann gehabt, der die Lage richtig übersehen und den Willen zur Tat gehabt hätte, so läge der innere Feind jetzt ebenso am Boden wie der äußere. Zu einer Neuorientierung liege gar kein Grund vor. Auch in bezug auf die Aenderung des Wahlverfahrens in Preußen habe die Regierung in ihrer jammervollen Schwäche und Hilflosigkeit dem Reichstag nachgegeben; das Reichstagswahlrecht aber sei viel reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Herr v. Bonin wies auch die „Legende" von einem königlichen Versprechen zurück, erklärte aber immerhin, daß der Landtag die Vorlage „prüfen" werde, um sie je nachdem anzunehmen, abzuändern oder abzulehnen. „Eins aber könne er, so schloß Herr v. Bonin seine Ausführungen, jetzt schon sagen: „Wir werden uns vor die Dynastie Hohenzollern stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibern zu decken suchen!"

Schnelligkeitsprämien für Hafer und Gerste.

Eine Mitteilung des Kriegsernährungsamtes.

Wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, haben die dringenden Bedürfnisse des Heeres es notwendig gemacht, den sofortigen Ausdrusch und die Ablieferung des Hafers selbst auf Kosten anderer drängender Arbeiten der Landwirte herbeizuführen. Um das zu ermöglichen, ist für die Ablieferung von Hafer vor dem 31. Dezember 1917 eine besondere Schnelligkeitsprämie von 70 Mark für die Tonne und für die Ablieferung vor dem 31. Januar 1918 eine solche von 30 Mark für die Tonne festgesetzt worden. Vom 1. Februar 1918 ab sinkt der Preis für die Tonne Hafer auf 270 Mark, vom 1. März ab auf 170 Mark. Den Landwirten, die Hafer bis jetzt schon abgeliefert haben, wird die neu festgesetzte Lieferungsprämie nachbezahlt, um sie nicht gegenüber den später liefernden zu benachteiligen.

Die Versorgung mit Zwieback.

Einer Nachrichtenstelle zufolge sind Mitte dieses Monats auf die Bundesstaaten 10 700 Doppelzentner Zwieback verteilt worden. Es besteht die Hoffnung, eine solche Verteilung in Zukunft allmonatlich vornehmen zu können.

Die Reichstagsersatzwahl in Neuhaldensleben.

Magdeburg, 28. November. (W. T. B.)

In der gestrigen Reichstagsersatzwahl des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt wurde an Stelle des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Ministerialdirektor Schiffer Gymnasialdirektor Trittel (Neuhaldensleben) gewählt.

Graf Vitzthum über die Sozialdemokratie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 28. November.

Eine bemerkenswerte Erklärung gab heute der Minister des Innern, Graf Vitzthum, bei der Etatsberatung in der Zweiten Kammer ab. Er bat die Fraktionen, den innerpolitischen Kampf nicht zu verschärfen, um dadurch nicht die kommenden Reformvorlagen zu schädigen. Er betonte, die Befürchtung, daß die Sozialdemokratie vaterlandslos sei, sei vollkommen unrichtig. Aber die Sozialdemokratie habe doch einen Teil der Schuld daran, daß das feindliche Ausland gegen uns mit dem Schlagwort Militarismus kämpfe; denn sie habe dem Ausland das Stichwort dazu geliefert. Die Sozialdemokratie verlange in auswärtigen Fragen Verständigung, aber im Innern versuche sie einen Druck auf die Regierung auszuüben, wie es namentlich Scheidemann getan habe. Das Wahlrecht sei kein angeborenes, sondern ein persönliches Recht. Alle Schichten der Bevölkerung sollten gewiß am Staate teilnehmen. In Sachsen hätten die breiten Massen volle Vertretung; denn ein Munitionsarbeiter habe heute seine vier Stimmen. Der Minister wandte sich dann der äußeren Politik zu und betonte, daß die einander gegenüberstehenden Anschauungen über die Kriegslage berechtigt seien. Man könne sich wohl auf einer Mittelstufe einigen. Man möge über die Friedensentschließung vom 19. Juli denken, wie man wolle, sie könne nicht der Kriegslage im November oder Dezember entsprechen. „Wir sind zu einer Verständigung bereit. Aber die Entschließung vom 19. Juli wird uns nicht abhalten, den Gegnern, die eine Verständigung ablehnen, die ganze Schwere ihres Tuns verständlich zu machen." Von einem ernsten Friedensangebot aus Rußland sei ihm, dem Minister, nichts bekannt. Jede Stimmungsmache für den Frieden nach maximalistischem Muster sei nur schädlich. Man dürfe die Nerven nicht verlieren. Unsere militärische Lage sei ausgezeichnet.

Die polnischen Arbeiter.

Besondere Fürsorgestellen.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden jetzt bei den stellvertretenden Generalkommandos als deren Organe ständige Fürsorgestellen für die polnische Arbeiterschaft gebildet. Außerdem werden beim Kriegsamt nach Bedarf Kommissionen unter Hinzuziehung polnischer Vertrauensleute zusammengesetzt werden, die die verschiedenen Bezirke bereisen. Bei Streitigkeiten über den beabsichtigten Wechsel der Arbeitsstelle sollen in Zukunft von den entscheidenden Stellen polnisch sprechende Arbeitervertreter herangezogen werden.

Auch für die Gewährung von Urlaub sind, soweit die Verkehrsverhältnisse und die Kriegswirtschaft es erlauben, wesentliche Erleichterungen vorgesehen; hierbei sollen in erster Linie berücksichtigt werden verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihrer Familie getrennt sind, und solche, die während des ganzen Krieges noch keinen Heimatsurlaub gehabt haben. Dieser soll für die in der deutschen Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter in der Regel in die Zeit der Wintermonate verlegt werden. Weiter soll das polizeiliche Meldeverfahren für die polnischen Arbeiter nach Möglichkeit erleichtert werden.

Die Bahnsperre.

Bevorstehende Milderung der Vorschriften.

Aus Kreisen der Industrie, des Handels und der Verbraucher werden lebhafte Klagen laut über die auf den deutschen Eisenbahnen getroffenen Verkehrsbeschränkungen für Stückgüter. Für die Einführung dieser Stückgutsperre waren, wie das Ministerium für öffentliche Arbeiten mitteilt, folgende Erwägungen maßgebend:

Die Ansprüche, die in diesem Herbst an den Wagenpark der Eisenbahn, besonders an die für Stückgut in Frage kommenden bdeckten Wagen gestellt werden, sind ebenso außerordentlich groß wie dringend. Abgesehen von den rein militärischen Anforderungen, die mit der Ausdehnung des Kriegsgebiets und den dauernden gewaltigen Kampfhandlungen sich immer mehr gesteigert haben, müssen die bedeckten Wagen für die Lebensmittelversorgung im weitesten Umfange verwendet werden. In erster Linie gilt dies von den Winterkartoffeln, für die beispielsweise täglich bis zu 8000 Wagen gestellt worden sind, während der Bedarf ein noch viel höherer war. Dazu kommen noch die Obst- und Gemüsesendungen und der Versand von Futter- und Düngemitteln. Die Eisenbahnverwaltung hat jedoch die Liste der freigelassenen notwendigsten Güter nach und nach schon erheblich erweitert. Ferner sind die königlichen Eisenbahndirektionen jetzt ermächtigt worden, unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke und nötigenfalls in Fühlungnahme mit den Handelskammern bei Bewilligung von Ausnahme weiteres Entgegenkommen zu zeigen. Sobald die Anforderungen, die die Lebensmittelbeförderung an die deutschen Bahnen stellen, merklich nachlassen, soll die Sperre weiter gemildert und endlich ganz aufgehoben werden.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

In der heutigen Vormittagsziehung fielen:

2 Gewinne zu 10 000 Mark auf Nr. 130 017.

54 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 1908 18 256 24 232 28 199 54 185 56 888 77 211 77 261 81 448 62 095 83 559 83 661 93 294 101 504 104 586 115 860 126 785 141 670 145 972 154 934 157 902 161 791 163 652 197 479 198 097 200 677 224 256.

162 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 553 6259 9774 13 643 19 173 20 096 20 860 25 491 26 624 32 174 37 244 40 112 42 934 43 974 45 234 53 340 56 099 57 573 62 342 64 261 67 187 68 055 68 791 69 395 70 254 74 800 76 328 81 457 84 815 88 054 88 539 91 058 96 471 99 018 99 051 99 142 101 604 103 665 106 200 107 068 114 794 115 755 116 208 117 649 120 408 122 689 126 690 129 067 132 079 134 111 136 896 146 016 147 472 149 950 156 067 160 825 163 163 165 673 165 765 167 324 173 167 173 665 174 369 176 901 181 040 181 554 185 506 187 268 193 439 194 924 195 035 197 241 205 305 206 329 211 809 218 174 221 321 222 561 223 051 224 123 233 616.

10 Grad Wärme. Auf die Schneefälle der letzten Tage, die unter einem starken Temperaturrückgang einsetzten, folgte gestern abend eine ziemlich unvermittelte Erwärmung der Temperatur, die sich heute recht angenehm fühlbar machte. Während in der Nacht zu gestern die Temperatur —3 Grad betrug und am Morgen nur auf +1 Grad stieg, kletterte die Quecksilbersäule in den Abendstunden plötzlich auf +10 Grad, sank nachts nur um 2 Grad, um heute mittag wieder +10 Grad zu erreichen. Die Erwärmung ist über ganz Deutschland verbreitet.

Zweckverband und Bürgerausschuß. Jetzt sieht auch der Direktor des Zweckverbandes Dr. Steiniger, dessen Zeit ja bald abgelaufen ist, endlich ein, daß das Gebilde des Zweckverbandes unhaltbar ist. Er hat dies auch gestern in vorgerückter Stunde in der Versammlung des Bundes der Grundbesitzervereine unumwunden zugegeben. Allerdings benutzte Dr. Steiniger, der etwas spät zu dieser Erkenntnis gelangt ist, die Gelegenheit, gegen den Bürgerausschuß Sturm zu laufen, indem er ihm politische Sondermotive unterschob und gegen die Aenderung des preußischen Wahlrechts Stellung nahm. Stadtrat Dr. Licht gab dem Zweckverbandsdirektor auch gleich die entsprechende Antwort. Er betonte, daß der Bürgerausschuß keine politische Vereinigung sei und daß seine grundlegende Forderung mit der des Dr. Steiniger gleichartig sei. Wichtig sei es, daß die Gesamtgemeinde neugestaltet werde.

Personalnachrichten. Oberst Hüger, im Frieden beim Stabe des Infanterieregiments Nr. 113, wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs unter Verleihung des Charakters als Generalmajor zur Disposition gestellt. Oberst z. D. Behm, Kommandeur des Landwehrbezirks I Frankfurt a. M., wurde von dieser Stelle unter Verleihung des Charakters als Generalmajor auf sein Gesuch enthoben. — Der Bremer Senator Dr. jur. Heinrich Friedrich Meyer ist im Alter von 47 Jahren gestorben.

Kleine Notizen. Bis Ende nächster Woche müssen die Stadtteile, die durch die Wiener Straße, den Landwehrkanal, Kottbuser Damm, Hasenheide, Fichtestraße, Grimmstraße, Dieffenbachstraße und Skalitzer Straße begrenzt werden, ohne elektrischen Strom bleiben. Die Ursache zu dieser Maßnahme liegt in einer Betriebsstörung der elektrischen Unterstation der städtischen Elektrizitätswerke. Die Reparaturarbeiten sind in vollem Gange.

Spielzeitverlängerung für Kinos. Der Minister des Innern Dr. Drews hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Polizeistunde für Kinos da, „wo sich örtliche Bedenken nicht ergeben", allgemein von 10 auf 10½ Uhr abends ausgedehnt werden kann. — Diese Bestimmung ist wichtig, weil künftig die Nachmittagsvorstellungen wegen der Kohlenersparnis in Wegfall kommen.

Der Totschlag auf dem Kartoffelacker. Der Schlosser Zwingling, der, wie mitgeteilt, unter dem Verdacht steht, seine Frau in Schönefeld bei Grünau auf einem Kartoffelacker getötet zu haben, wurde heute vormittag, als er mit seinen drei Kindern seine Wohnung in der Schönwalder Straße 3 aufsuchen wollte, von der durch die Hauseinwohner benachrichtigten Revierpolizei verhaftet. Zwingling wurde dem Neuköllner Polizeipräsidium zugeführt, um dort vernommen zu werden.

Der Bürgermeister als Reisebegleiter. Der Bürgermeister von Lieberose, Rudolf Meyer, ist wegen einfacher Bestechung in sieben Fällen und wegen Bestechung nach § 332 (Verletzung einer Amtspflicht) zu einem Jahr Gefängnis und zweijähriger Amtsunfähigkeit verurteilt worden. Das Städtchen Lieberose war einer Freifrau v. Buttenberg, die der Spionage verdächtig war, von dem Generalkommando in Berlin als Wohnsitz zugewiesen worden. Frau v. Buttenberg, die aus einfacher Familie stammte, der Berliner Halbwelt angehörte, in erster Ehe mit einem Freiherrn v. Buttenberg und dann mit einem amerikanischen Attaché verlobt war, wußte den Bürgermeister durch Geschenke und allerlei Liebenswürdigkeiten zu überreden, ihr größere Freiheiten zu gestatten. Der Bürgermeister glaubte hier einmal galant sein zu müssen und — begleitete die Freifrau sogar auf einer verbotenen Reise nach Berlin. Eine Revision, die Bürgermeister Meyer beim Reichsgericht anhängig machte, wurde verworfen.

30 300 Mark Geldstrafe. Wegen Malzschiebungen und übermäßiger Preissteigerung wurde, wie uns ein Privat-Telegramm aus München meldet, vom dortigen Landgericht der vormalige Direktor der Staatsbrauerei Weihenstephan Nikolaus Ashton zu 30 300 Mark Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In Bad Dürkheim wurden wegen Forderung von Wucherpreisen die Großhändlerin Kraus zu 11 000 und die Großhändlerin Rösch zu 4000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Norddeutschland ziemlich zahlreiche, in Süd- und Mitteldeutschland mehr vereinzelte, geringe Niederschläge.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ziemlich mild und vielfach heiter, aber sehr veränderlich mit geringen Niederschlägen.

---

hs. Geheimrat v. Heß über den „Farbensinn der Tiere". In ein vielumstrittenes Gebiet der Zoologie führte der Vortrag über den Farbensinn der Tiere, den Geh. Hofrat Professor Dr. Karl v. Heß, Professor für Augenheilkunde an der Universität München, gestern im Wissenschaftlichen Verein in der Urania hielt. Es war diesmal kein Zoologe, sondern ein Augenarzt, der in die bisher so festgewurzelte Theorie von den Schmuckfarben und den Hochzeitskleidern der Tiere hineinleuchtete. Heß zieht aus seinen wissenschaftlichen Forschungen und exakten Versuchen die Folgerung, daß die Hühner und die meisten Tagvögel blaublind sind, also z. B. das wunderbar blaue Gefieder des Paradiesvogels als dunkelgrau sehen, daß die farbenprächtige Fische der Tiefseen nicht nur wegen der dunklen blaugrünen Färbung des Meerwassers, sondern auch wegen ihrer totalen Farbenblindheit die Farben nur nach ihrem Helligkeitswert unterscheiden. Die Experimente Geheimrats v. Heß gingen davon aus, daß die Krebse z. B. immer die dunkelsten Stellen ihres Behälters aufsuchen, andere Tiere, wie Bienen, Raupen usw., die hellsten Stellen. Und da einem normalen menschlichen Auge unter den Farben des Spektrums die gelbe als hellste erscheint, einem farbenblinden Auge aber die grüne, so war aus dem Verhalten der Versuchstiere, die in ein Spektrum geleitet wurden, leicht ihre Farbenblindheit zu folgern. Denn sie strebten überwiegend, wenn nicht ein Tropfen Honig der stärkere Magnet war, dem grünen Farbstreifen zu. Mit der Entdeckung der Farbenblindheit der Fische und wirbellosen Tiere fällt auch die Theorie von den Schmuckfarben und Hochzeitskleidern, die in der Zoologie bislang als sekundäre Geschlechtsmerkmale oder als Warnfarben gedeutet wurden. Auch die bunten Farben der Blüten können sich nicht, wie die Zoologie annimmt, entwickelt haben, um die Insekten anzulocken. Die Antwort auf die wißbegierige Frage, warum dann die bunten Farben, gab Karl v. Heß in seinem lehrreichen Vortrage nicht. Das muß erst die weitere Forschung feststellen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Die Münchener Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte hat Frau Marie Andree-Eysn, die in München lebende Witwe des bekannten Geographen, zu ihrem 70. Geburtstage zum Ehrenmitgliede ernannt wegen ihrer großen Verdienste um die süddeutsche und österreichische Volkskunde.

An dem kriegsärztlichen Abend am 4. Dezember wird Professor Alt (Uchtspringe) im Kaiserin-Friedrich-Haus einen Vortrag über „Kriegsneurosen", mit kinematographischen Bildern halten. Am 11. Dezember spricht Professor Dr. Barany (Upsala) über „Primäre Exzision der Schußwunden und primäre Naht", sowie über „Die Behandlung der Gehirnabszesse".

Die Deutsche Geologische Gesellschaft hält am 5. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula der Universität eine Sitzung ab, in der J. F. Pompecky eine geologische Skizze der Dobrudscha gibt.

ß Schiller-Theater W. Arthur Schnitzlers „Professor Bernhardi", die fünfaktige Komödie, die als schweres und zähes Gesinnungsdrama beginnt, um erst in den letzten beiden Akten in Stimmung und Ton etwas an die Komödie Erinnerndes enthält, ist unserem Empfinden heute — vielleicht gerade durch ihre etwas stark aufgetragene Tendenz — noch ferner gerückt als zur Zeit ihrer Uraufführung vor fünf Jahren. Die Neueinstudierung, die das Stück im Charlottenburger Schiller-Theater erfuhr, kann man als sehr gelungen bezeichnen. Die Spielleitung des Herrn Bonno fühlte jeden Gedanken des Dichters nach, und die Darsteller boten eine Reihe von Typen, die interessant und unterhaltsam genug waren, um die Zuhörer über die mancherlei Längen des Stückes glücklich hinwegzutäuschen. Aus der großen Schar der Mitwirkenden seien hier Georg Paeschke, der Träger der Titelrolle, Alfred Braun, Erich Nowack, Arthur Menzel, ferner die Herren Wirth, Krüger, Eberhardt, Letroe, Geisendörfer, Pategg und Weymann besonders genannt.

∞ Auswärtige Theater. Schönherrs neues Drama „Frau Suitner" fand, wie unser Korrespondent aus Frankfurt telegraphiert, bei künstlerisch guter Darstellung im Schauspielhaus nur mäßigen Beifall. Margarete Swoboda und Alexander Eckart fesselten durch seelisch vertiefte Leistungen. — Im Albertheater in Dresden hatte das vieraktige Schauspiel „Im Bahnwärterhaus" von A. Stein-Landesmann bei der Erstaufführung starken Erfolg. Die Verfasserin wurde gerufen. — Aus Hagen telegraphiert unser Korrespondent: Die Hagener Stadtverordneten beschlossen die Errichtung eines eigenen Theaterbetriebes mit zehnmonatiger Spieldauer, unter Leitung des Intendanten Ludwig. — In der „Meistersinger"-Aufführung im Haag wurde die Rolle des Pogner nicht von Corvinus, sondern von Erich Hanfstaengl gesungen. — „Der Hahn im Korb", Lustspiel in drei Aufzügen von Friedel Merzenich, kommt am Oldenburger Hoftheater zur Uraufführung. Die Verfasserin ist Schriftleiterin an der „Liller Kriegszeitung". — Das Hildesheimer Stadttheater (Direktion W. Büller jun.) hat ein Märchenspiel von Hans Sachs, das bisher wohl noch niemals gespielt worden ist, in der Bearbeitung von Dr. Ernst Leopold Stahl angenommen. Es handelt sich um Meister Sachs' schlichte Dramatisierung des alten deutschen Volksbuches von der „Schönen Magelona". — „Im Bahnwärterhaus", das Schauspiel von Alice Stein-Landesmann, hat jetzt, ins Holländische übertragen, auch in Rotterdam einen starken Erfolg gehabt.

Theaterchronik. Im Lessing-Theater wird unter der Regie Viktor Barnowskys Arthur Schnitzlers Komödie „Fink und Fliederbusch" vorbereitet, deren Erstaufführung noch im Anfang Dezember stattfinden soll.

* Gegen die hohen Kriegsgewinne.

Zu unseren kürzlich unter dem Titel „Gegen die hohen Kriegsgewinne“ veröffentlichten Ausführungen, die von der Forderung der Automobilindustrie um eine Hinaufsetzung der Preise um 25 pCt. ausgingen, aber das Uebel der hohen Kriegsgewinne allgemein behandelten, schreibt uns der „Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller E. V.“:

Die Aufsehen erregenden Kurssteigerungen der Aktien verschiedener Automobilfabriken haben die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diesen in Friedenszeiten von der Börse weniger beachteten Industriezweig gelenkt. Die Spekulation hat sich in ausserordentlichem Masse des Marktes für Automobilaktien bemächtigt, und hat Bewertungen vorgenommen, die durchweg in argem Missverhältnis zu den Dividendenerträgnissen und dem inneren Wert der Gesellschaften stehen. So ergibt sich bei dem Rekordkurse der Daimler-Aktien kaum eine Verzinsung von 2 bis 3 pCt., und es ist dies eines der prägnantesten Beispiele für die Art von Aktionären, wie sie nicht sein sollen, „die kaufen, nicht um zu besitzen, sondern um zu verkaufen“. Die Aufsätze im „Berliner Tageblatt“ vom 23. d. M. und in der „Frankfurter Zeitung“ vom 22. d. M. beweisen, wie schädlich diese Art von Aktionären für Gesellschaften sind. Aus der Bewertung der Aktien an der Börse werden Rückschlüsse auf die Erträgnisse der Gesellschaften gezogen, die über das Mass des Tatsächlichen weit hinausgehen, und die zu einem über die Leitung der Gesellschaften, deren vaterländische und soziale Empfindungen und die bestellenden Behörden sehr herben, und durchaus unberechtigten Urteile führen.

Demgegenüber ist festzustellen, dass während des Krieges nur wenige Industriezweige imstande waren, mit so mässigen Preiserhöhungen auszukommen, wie gerade die Kraftwagenindustrie und sich der Forderung der Behörden gegenüber so bereitwillig gezeigt haben, die Beweise für die Notwendigkeit der Preiserhöhungen zu erbringen. Diese Nachweise sind von den Behörden in der sorgfältigsten und schärfsten Weise durch Entsendung von Sachverständigenkommissionen in die Fabriken geprüft worden, und erst auf Grund dieser Ergebnisse wurden Preiserhöhungen zugebilligt, die in der Tat geringer sind, als die Steigerungen der Löhne und Rohstoffe. Nicht die erhöhten Preise, die an die Rüstungsindustrie für ihre Fabrikate gezahlt werden, sind die Ursache der Verteuerung der allgemeinen Lebensführung des ganzen Volkes, vielmehr hat die Entwicklung den umgekehrten Weg genommen. Die Preissteigerungen für die notwendigen Bedarfsartikel der Zivilbevölkerung und der Mangel an Arbeitern haben zu immer neuen Erhöhungen der Löhne geführt, die von den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Kriegsausschüssen zugebilligt wurden. Es sind ferner die zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe und die Betriebsmaterialien um ein Vielfaches ihres früheren Wertes gestiegen, und lediglich hierdurch, nicht aber durch den Wunsch, mehr zu verdienen, war die Automobilindustrie gezwungen, einen einigermassen angemessenen Ausgleich für die erhöhten Gestehungskosten zu verlangen.

Die Automobilindustrie hat in früheren Jahren meist ausserordentlich unter der Ungleichförmigkeit ihrer Fabrikation gelitten. Technische Fortschritte, Wandlungen des Geschmacks und andere Ursachen haben dazu geführt, dass fast alle Automobilfabriken Jahre der Ertraglosigkeit hatten, die neben der Dividendenlosigkeit häufig zu Zusammenlegungen und anderen Sanierungshandlungen geführt haben. Je eher man sich zu einer derartigen Massnahme entschloss, um so besser war es für die Gesellschaften, denen es alsdann möglich wurde, die günstigeren Jahre zu Abschreibungen und Rückstellungen zu benutzen. Dies hat wiederum dazu geführt, dass das Aktienkapital meist nur einen Bruchteil des in den Unternehmungen tatsächlich investierten Kapitals darstellt und den Gesellschaften die Möglichkeit bot, ein Mehrfaches ihres Aktienkapitals alljährlich umzusetzen. Dass dieser Umstand in einer Zeit höchster industrieller Beschäftigung, wie sie der Krieg auch für die Kraftwagenfabriken mit sich gebracht hat, besonders in Erscheinung tritt, ist durchaus erklärlich, und dem hat die Automobilindustrie in weitestem Umfange bei ihren Preisbemessungen Rechnung getragen, indem, wie bereits erwähnt, nicht annähernd diejenigen Preise gefordert wurden, die der Erhöhung ihrer Fabrikationskosten entsprachen. Es sei ferner darauf hingewiesen, dass sich mehrere der in den Aufsätzen des „Berliner Tageblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“ erwähnten Automobilfabriken dem Bau von Kraftwagen mehr und mehr abgewandt und anderen Fabrikationszweigen zugewandt haben, weil die bewilligten Preise einen angemessenen Nutzen nicht mehr zuliessen.

Durchaus irrig ist es, wenn die Verhältnisse bei Daimler und Benz auf die 28 übrigen Kraftwagenfabriken kurzweg übertragen werden. Beide hatten vor dem Kriege bereits gewaltige Anlagen, die, in langen Friedensjahren abgeschrieben, ein vielfaches ihres Aktienkapitals darstellten. Die Umsätze konnten daher bei ihnen das zehn- bis zwanzigfache des Aktienkapitals erreichen und dadurch allein erklären sich die hohen Gewinne.

Ernst und mit schweren Sorgen sehen die leitenden Männer der Automobilindustrie der Zukunft entgegen. Sie verhehlen sich nicht, dass es unmöglich sein wird, die im vaterländischen Interesse enorm gesteigerte Produktion an Kraftwagen im Frieden unterzubringen und ihre gewaltig erweiterten Anlagen ausreichend zu beschäftigen, zumal die hauptsächlichsten Auslandsmärkte, die vor dem Kriege allein 40 pCt. der Produktion aufnahmen, in den ersten Jahren verschlossen sein werden.

Den Ueberschätzungen der Börse und den völlig ungerechtfertigten Kurstreibereien steht die Automobilindustrie vollständig fern.

Zu diesen Ausführungen haben wir das Folgende zu bemerken: Es ist eine falsche und oberflächliche Art der Betrachtung, wenn die hohen Dividenden der Industrieunternehmungen dadurch sozusagen „verkleinert“ werden sollen, dass sie in Beziehungen zu den jetzigen ausserordentlich gestiegenen Wertpapierkursen gesetzt werden und dabei eine ganz bescheidene, häufig sogar niedrige Verzinsung des Anlagekapitals herausgerechnet wird. Es ist bekannt und gerade im Falle Daimler in fast grotesker Weise erwiesen worden, dass die ausgeschütteten Dividenden in gar keinem Verhältnis zu den wirklich erzielten Gewinnen stehen. Wenn die Daimler-Gesellschaft jetzt eine Kapitalerhöhung um ein Mehrfaches ihres alten Kapitals vorgenommen und dabei ihren Aktionären ein Bezugsrecht von nicht viel unter 1000 pCt. gewährt hat, so zeigt dies ebenso wie die Bilanz der Gesellschaft, in der die gesamten gewaltigen Fabrikanlagen mit 1 M. zu Buche stehen, dass die Gesellschaft ausserordentlich grosse Gewinnbeträge nicht ausgeschüttet, sondern erspart hat. Gewiss sind die wirklichen Anlagekapitalien der grossen Automobilfabriken vielfach höher als die nominellen Aktienkapitalien, aber diese im Betriebe mit arbeitenden Reserven stammen doch zum grössten Teil aus nicht ausgeschütteten Gewinnen. Im übrigen bemerken wir, dass wir keineswegs die gesamten Automobilunternehmungen mit den Ausnahmefabriken wie den Daimler- und Benz-Werken auf eine Stufe gestellt haben. Wir schrieben u. a. wörtlich: „Gewiss darf man einen derartigen Sonderfall wie den der Daimler-Gesellschaft nicht als Norm für die Gesamtheit der übrigen Unternehmen oder auch nur für den Durchschnitt betrachten,“ und führten des weiteren aus, es sei gerade durch die Entwicklung der im Frieden weniger ertragreichen und zum Teil sogar schwachen Gesellschaften während des Krieges zu einer sehr stattlichen Rentabilität der Nachweis geliefert, dass die bisherigen Preise zum mindesten vollkommen ausreichend gewesen sind. Bei dieser Ansicht bleiben wir auch jetzt. Wie die Fabriken intern ihre Einnahmen und Selbstkosten berechnen, ist letzten Endes belanglos und für die Oeffentlichkeit nicht in einwandfreier Weise nachprüfbar. Das Entscheidende ist, dass an jedem Jahresende bisher höhere Gewinne übriggeblieben sind, und hierin liegt der vollkommen schlüssige Beweis dafür, dass die Preise bisher schon mehr als ausreichend gewesen sind. — Was unsere Ausführungen über den Zusammenhang zwischen den hohen Kriegsgewinnen und dem allgemeinen Preisniveau anlangt, so bezogen sie sich keineswegs auf die Automobilindustrie im besonderen. Diese Industrie bildet nur ein Glied der allgemeinen Kette der Preissteigerungen, und es ist zweifellos richtig, dass sie bis zu einem gewissen Grade bei der Gestaltung ihres Betriebes und ihrer Verkaufspreise von Faktoren, die ausserhalb ihres Einflussgebietes liegen, von den hohen Rohmaterialpreisen, Löhnen usw. abhängig ist. Wir sind uns vollkommen darüber klar, dass ein Preisdruck nur möglich ist, wenn er die gesamte industrielle Erzeugung trifft und in erster Linie auf den unteren Produktionsstufen einsetzt. Natürlich wäre es eine Uebertreibung, zu behaupten, dass die gesamte Preissteigerung auf Ueberforderungen der Industrie zurückzuführen ist. Der Mangel an Waren, der zur Folge hat, dass die Nachfrage wesentlich das Angebot überstieg, bildet die tiefste Wurzel der Preissteigerung. Aber diese hätte niemals den jetzigen Umfang erreichen und sich auf alle Waren — auch die von der Verknappung nicht in so starkem Masse ergriffenen — ausbreiten können, wenn nicht verschiedene Rohstoffproduzenten und Industrien das Bestreben gezeigt hätten, über die Erhöhung ihrer Selbstkosten hinaus noch reichliche Kalkulationsaufschläge zu machen. Auch die Forderungen der Arbeiter wären dann nicht so gross gewesen, denn weniger hohe Unternehmergewinne hätten die Begehrlichkeit nicht so stark gereizt, und das allgemein niedrigere Preisniveau für die gesamte Lebenshaltung hätte ein Auskommen mit geringeren Löhnen ermöglicht. Auch die in der obigen Zuschrift an die Adresse der Börsenspekulation gerichteten Vorwürfe erscheinen uns nicht ohne weiteres berechtigt. Gewiss hat die Börse vielfach übertrieben, aber gerade die übermässigen Gewinne der Industrie waren der Anstoss hierzu. Zusammenfassend wiederholen wir: Unsere Forderung, dass der Staat aufs genaueste die Preisstellung der kriegsliefernden Gewerbe überwachen und sich dabei nicht allein auf die ihm von den Werken übergebenen Selbstkostentabellen verlassen, sondern zur Kontrolle auch die den Werken verbleibenden Endgewinne heranziehen möge. Sollte eine Zurückschraubung des hohen Preisniveaus in dem jetzigen fortgeschrittenen Stadium der Entwickelung nicht mehr möglich sein, so ist es unerlässlich, dass die Kriegsgewinnsteuer in den Fällen, in denen wirklich erhebliche Kriegsgewinne vorliegen, viel schärfer zugreift.

Die Sperre für den Stückgutverkehr. Der Deutsche Handelstag teilt in einem Rundschreiben an seine Mitglieder folgendes mit:

Hinsichtlich der seit dem 20. September bestehenden Sperre für den Stückgutverkehr, soweit nicht für bestimmte Güter Ausnahmen getroffen sind, sprachen wir die Hoffnung aus, dass die Dauer dieser Sperre bald vorüber sein möge. Es wurde uns erwidert, dass dies nicht möglich sei, solange die Eisenbahn nicht nur für Zwecke der Militärverwaltung, sondern auch für den Kartoffelverkehr in so hohem Masse in Anspruch genommen werde, wie es zurzeit der Fall sei. In einiger Zeit werde der Kartoffelverkehr beendigt sein, und es könne dann vielleicht die Sperre aufgehoben werden. Inzwischen könnten, sofern weitere Ausnahmen für bestimmte Güter allgemein erforderlich erschienen, bei dem Ministerium, soweit Ausnahmen zur Verhütung schwerer Notstände in einzelnen Betrieben erforderlich erschienen, bei den Direktionen Anträge in dieser Richtung gestellt werden.

Das am 17. September 1917 bekanntgegebene „Verzeichnis der von der Stückgutverkehrsbeschränkung ausgenommenen Güter (Freiliste)“ wird wie folgt ergänzt: Ziffer 3a: Därme; Ziffer 4a: Dextrin und lösliche Stärke; unter 10b: Bogenlampenkohlen; Ziffer 14d: Knochen; unter Ziffer 22: sowie Putzmaterial; Ziffer 22c: Messgeräte, die an die Eichämter oder von diesen aufgegeben werden; Ziffer 31a: Tinte; Ziffer 35 erhält folgenden Wortlaut: Papier aller Art, Kartons, Pappe und Druckfarbe, sofern die Dringlichkeit“ . . . usw. wie bisher

*** Lieferungsprämie für Hafer.** Durch Bundesratsverordnung vom 24. November 1917 wird der nach der Verordnung über Höchstpreise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 12. Juli 1917 geltende Höchstpreis für Hafer (270 M.), wenn die Ablieferung bis zum 31. Dezember 1917 einschliesslich erfolgt, um eine Lieferungsprämie von 70 M. für die Tonne, wenn die Ablieferung bis zum 31. Januar 1918 einschliesslich erfolgt, um eine Lieferungsprämie von 30 M. für die Tonne erhöht. Die Lieferungsprämie von 70 M. wird für alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgten Ablieferungen von Hafer aus der Ernte 1917 auf Antrag nachgezahlt. Der Antrag muss bis zum 20. Dezember 1917 einschliesslich bei der Stelle gestellt werden, an die die Ablieferungen erfolgt sind. Der durch Bundesratsverordnung vom 12. Juli festgesetzte Höchstpreis für Hafer betrug 270 M. und erhöht sich dadurch auf 340 bzw. 300 M. Die durch Verordnung vom 2. Juni 1917 festgesetzte Druschprämie von 60 M. für die Tonne Hafer und Gerste bleibt noch bis zum 31. Januar 1918 bestehen und fällt dann vollständig weg. Die Verordnung ist bereits mit dem Tage der Verkündigung in Kraft getreten.

*** Die Fusionspläne bei den Deutschen Kaliwerken.** Kürzlich hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass bei den Deutschen Kaliwerken der Plan einer neuen Erweiterung erwogen würde. Neben mehreren anderen Angliederungsobjekten scheint auch die Concordia Chemische Fabrik zu Leopoldshall für einen Erwerb in Betracht zu kommen. Anscheinend werden diesbezügliche Verhandlungen bereits geführt, ohne dass sich aber schon übersehen lässt, ob sie zu einem Abschluss kommen werden. Als Grund für die Angliederung gerade dieses Unternehmens, das mit einem Aktienkapital von 3 Mill. M. arbeitet, hätte es zu gelten, dass die Concordia Chemische Fabrik einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Gewerkschaften Ilberstadt und Anhalt besitzt, die mit den anhaltischen Beteiligungsunternehmungen der Deutschen Kaliwerke, nämlich den Gewerkschaften Bernburger Kaliwerke, Koburg, Erbprinz und Gröna markscheiden. Durch einen Zusammenschluss der sechs Kalischächte würden sich erhebliche betriebliche Ersparnisse erreichen lassen. Abgesehen von den erwähnten Kalibeteiligungen besitzt die „Concordia“ eine chemische Fabrik, die hauptsächlich Chlorkalium und sonstige Kaliprodukte herstellt.

*** Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Ges. (Auer).** In der ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft ist beschlossen worden, von je 4 Aktien Lit. A eine in eine Lit. C-Aktie umzuwandeln. Gegen diesen Beschluss hat ein Aktionär Klage bei Gericht eingereicht. Wie die Verwaltung hierzu mitteilt, wird die Ausführung des Beschlusses erst dann erfolgen, wenn die Klage endgültig abgewiesen ist.

*** Der Scheidemandel-Konzern** hat sich in Bayern einen Mittelpunkt durch die jetzt erfolgte Gründung der Zentralgesellschaft für chemische Industrie, Sitz München, geschaffen. Diese Gesellschaft übernimmt sämtliche bayerische Scheidemandel-Konzernbetriebe und Fabriken, ferner die Organisation der bayerischen Abfallverwertung. Im Aufsichtsrat sind die drei grössten bayerischen Landwirtschaftsorganisationen vertreten.

*** Liquidation deutscher Unternehmungen in Amerika.** Das amerikanische Schatzamt ordnete die Liquidation der deutschen Versicherungsgesellschaften sowie solcher Gesellschaften an, deren Hauptsitz in Deutschland oder den mit ihm verbündeten Ländern ist. Ausgenommen sind die Lebensversicherungsgesellschaften.

*** London, 27. November.** (Privat-Telegramm.) Die Peruvian Corporation Co. erklärte auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 1 pCt. gegen ¼ pCt. im Vorjahre. Die Debentures bringen 6 pCt. gegen 5 pCt. im Vorjahre. Der Vortrag auf neue Rechnung beläuft sich auf 149 000 Pfd. Sterl.

* An der Börse

war die Stimmung heute wieder zuversichtlich, und auf einer Reihe von Gebieten kam es zu neuen Kurssteigerungen. Am Montanaktienmarkt lenkten u. a. die Aktien des Phönix Interesse auf sich, ebenso fanden die Aktien der Harpener Bergbau-Akt.-Ges., der Gelsenkirchener Bergwerksges., der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. und der Eisenindustrie-Akt.-Ges. Beachtung bei teilweise steigenden Kursen, die aber nicht allenthalben behauptet wurden. Feste Haltung bekundeten die Aktien des Eisenwerks Hoesch und der Gebr. Böhler Akt.-Ges., anfangs auch die Aktien der Bismarckhütte, die dann im Verlaufe abbröckelten. Unter den Rüstungswerten stellten sich die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und der Rheinischen Metallwarenfabriken höher im Kurse, während die Aktien der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, der Benz & Cie. Akt.-Ges. und der Daimler-Motorenwerke nachgaben. Eine Kursbesserung liessen die Aktien der Wandererwerke, ferner die Aktien der Franz Seiffert Akt.-Ges., der Gothaer Waggonfabrik, der Maschinenfabrik Halbach und der Carl Lindström Akt.-Ges. Chemische Werke tendierten nicht einheitlich. Die Aktien der chemischen Fabrik Union setzten ihre Kurssteigerung fort, ebenso wurden die Aktien der chemischen Fabrik Hönningen und der Scheidemantel Akt.-Ges. höher. Kaliwerte neigten eher zur Schwäche. Schiffahrtsaktien waren wenig verändert, die Aktien der Hamburg-Amerika-Linie und der Hansa-Dampfschiffahrtsgesellschaft etwas im Kurse gesteigert. Für die Aktien der Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn zeigt sich weiterhin Nachfrage. Lombarden verkehrten in schwächerer Haltung. Die Aktien der Orientbahn waren im Kurse befestigt. In den Aktien der Naphtha-Produktionsgesellschaft Nobel fand wieder regeres Geschäft statt. Von russischen Bankaktien waren die der Petersburger Internationalen Handelsbank beachtet.

Im Verlauf wurde der Verkehr ziemlich ruhig. Nur in einigen Spezialwerten fanden lebhaftere Umsätze statt, so u. a. in den Aktien der Maschinenfabrik Flöther, der J. T. Bemberg-Akt.-Ges. und einigen der schon erwähnten Papiere. Im Gegensatz zu diesen im Kurse hinaufgesetzten Werten stellten sich manche Papiere wesentlich niedriger im Kurse, so beispielsweise die Aktien der Deutschen Kaliwerke.

Telegraphische Auszahlungen	28. 11. Geld	28. 11. Brief	27. 11. Geld	27. 11. Brief	Telegraphische Auszahlungen	28. 11. Geld	28. 11. Brief	27. 11. Geld	27. 11. Brief
Amsterdam Rotterdam G.	293 3/4	294 1/4	294 3/4	295 1/4	Wien.... Budapest Kr.	64,20	64,30	64,20	64,30
Kopenhag. Kr.	222	222 1/2	223	223 1/2	Sofia........L.	80 1/2	81	80 1/2	81
Stockholm Kr.	249 3/4	250 1/4	250 3/4	251 1/4	Konstant. T.P.	20,25	20,3[illegible]	20,25	20,35
Christiania Kr.	223 1/4	223 3/4	224 1/4	224 3/4	Madrid .. Barcelon. Ps.	136 1/2	137 [illegible]	136 1/2	137
Schweiz ... Fr.	154 1/2	154 [illegible]	155	155 1/4					

Tägliches Geld war zu 4 pCt. und darunter, Ultimogeld zu 5 pCt. und darunter zu haben. Der Privatdiskont war mit 4⅝ pCt. und darunter unverändert.

Die Ueberleitung in den amtlichen Handel hat an der Börse im Laufe der letzten Tage insofern begonnen, als das Geschäft einen ruhigeren Charakter trägt. Der jetzige ungeregelte Verkehr, der manchen Börsenbesuchern im Zusammenhang mit grossen Preistreibereien erhebliche Gewinne zugeführt hat, wird vom Montag ab unter das Joch der Einheitskurse gespannt. Wenn auch der freie Handel nicht ganz aufhören wird, so wird er doch schon um deswillen weit enger begrenzt sein, weil der grösste Teil des Publikums die Ausführung der Aufträge zu den Einheitskursen verlangen wird, und weil ferner die der Stempelvereinigung angehörenden Banken und Bankhäuser sich nicht an dem Handel im freien Verkehr weder für eigene Rechnung noch in Rechnung ihrer Auftraggeber beteiligen werden. Die Stempelvereinigung steht auf dem Standpunkte, dass, da die Neuorganisation dazu bestimmt ist, den Uebelständen des freien Marktes zu begegnen, es der Banken unwürdig sei, den freien Verkehr in der Folge zu begünstigen. Dass alle Banken und Bankfirmen vom nächsten Montag ab wieder als Kommissionäre tätig sein werden, ist bekannt; für die nichtnotierten Werte, also namentlich für Rentenpapiere, glauben sie freilich, Eigenhändler bleiben zu müssen.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

*** New-York,** 27. November. (Spezial-Kabelbericht.) Das Geschäft an der Fondsbörse verlief ruhig. 540 000 Stück Aktien wechselten den Besitzer. Die ersten Umsätze wickelten sich bei durchaus fester Stimmung ab, da die Spekulantengruppen sowie das Publikum grössere Käufe vornahmen in Anbetracht der Tatsache, dass die vom Auslande vorliegenden politischen Nachrichten günstige Beurteilung fanden. Nur am Eisenbahnaktienmarkt herrschte eine unregelmässige Kursbewegung vor. Bald nach Ablauf der ersten Börsenstunde änderte sich aber das Bild, und die Tendenz wurde entschieden schwach, da sich erhebliches Angebot geltend machte. Unter Führung von Steels gingen die Kurse auf den niedrigsten Stand des Tages zurück.

New-York, 27. November. (Privat-Kabeltelegramm.)

	27. 11.	26. 11.		27. 11.	26. 11.
Tendenz f. Geld . . .	stetig	stetig	N.-Y. Hudson River .	[illegible]	70 1/2
Geld a. 24 Stunden .	3	3 1/2	N.-Y. Ontario West. .	19 [illegible]	19 3/4
Geld a. 24 Stund. l. D.	3	3	Norfolk u. Western .	104 [illegible]	104 1/2
Wechs. a. Berl. (Sicht)	—	—	Northern Pacific . . .	84 [illegible]	86 1/4
do. Paris (Sicht)	5,7425	5,7387	Pennsylvania	46 1/4	47
do. Lond. (60 Tg.)	4,7150	4,7150	Reading	69 7/8	71 1/4
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	18 1/4	18 3/4
Silber Buillon . . .	84 1/4	84 1/4	Southern Pacific . . .	82 1/2	83 1/2
North Pacific 3% Bds.	—	—	do. Railway . .	24 5/8	—
San Franc. 4% Prior Lien Bds. Ser. A. .	—	—	do. do. pref.	57	57 1/2
			Union Pacific	114 1/2	115 7/8
San Franc. 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	do. pref. . .	70	70
			Wabash pref.	40 7/8	41 1/2
San Franc. 6% Adjust. Bonds	—	—	Western Maryland .	—	—
			American Can	—	—
South Pacific 4% Bds.	—	—	Amer. Car- u. Foundry	65 1/2	65 7/8
Atchison Top. u. St. Fé	84	85	American Locomotive	—	—
Baltimore u. Ohio . .	50 7/8	51 7/8	Americ. Smelting Ref.	78	77 1/4
Canadian Pacific . . .	134 1/2	135 1/2	American Sugar Ref.	—	—
Chesapeake u. Ohio .	47 3/4	47 3/4	Anac. Copper Mining	58 1/2	58 3/4
Chicago, Milwaukee	37 1/8	37 1/2	Bethlehem Steel . . .	81 1/4	82 1/2
Denver u. Rio Grande	5	5	Central Leather . . .	—	—
Erie	14 3/4	15	Consolidated Gas . .	86	85
Erie fst pref.	22 7/8	23	General Electric . . .	126 1/2	128
Great Northern pref.	90	91 1/2	Internat. Harvester .	—	—
do. Oro Certif. . .	27 1/2	27 3/8	Intern. Mercant. com.	—	—
Illinois Central . . .	94 1/8	94 1/8	Intern. Mercant. pref.	—	—
Interborough Consol.	7	7 1/4	National Lead	43 5/8	43 1/2
Lehigh Valley	54 1/2	55	Republ. Iron u. Steel	—	—
Louisville u. Nashv.	116 1/2	116 3/4	Unit. Stat. Steel Corp.	97 1/4	98 1/2
Missouri, Kans u. Tex.	4	4	do. do. pref.	109	109 1/4
Nat. Railw. Mexiko pr.	5	5	Utah Copper	78 1/2	78 7/8
Missouri Pacific n. A.	28 1/2	28 3/4	Virg. Carolina Chem.	—	—

Dividenden und Abschlüsse.

W. A. Scholten Stärke- und Syrup-Fabriken Akt.-Ges. 18 pCt. (1915/16: 20). Die Generalversammlung wird über eine Kapitalerhöhung um 1,2 Mill. M. auf 2,4 Mill. M. zu beschliessen haben.

Gevelsberger Aktienbrauerei: 0 pCt. (1915/16: 2).

Bierbrauerei A. Schifferer in Kiel. Aus 178 982 M. (1915/16: 117 248) 3 pCt. (0) Dividende.

Vereinsbrauerei zu Greiz. Aus 113 492 M. (1915/16: 110 203) Ueberschuss wieder 5 pCt. Dividende.

Malzfabrik Mellrichstadt. Vorschlag: 5 pCt. (1915/16: 15).

Akt.-Ges. für Seilindustrie: Vorschlag 11 pCt. (1915/16: 9).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A. Bruno Lachotzki, Greifswalder Str. 46. Inh. ist Bruno Lachotzki. — Littmann Merl, Weissenburger Str. 1. Inh. ist Littmann Merl. — Carl Ernst Puls, Berlin-Schöneberg, Westarpstrasse 1. Inh. ist Carl Ernst Puls. — Sternberg, Haberland, Hecht & Co., Meyerbeerstr. 1—4. Ges. sind Ulrike Sternberg geb. Cohn, Felix Frankfurther, Otto Sternberg, Alfred Haberland und Richard Hecht. Beginn: 16. 11. 17. — Versand „Der Greif“ Otto Bartschat, Holzmarktstr. 9. Inh. ist Otto Bartschat. — Paul Nagel. Inh. ist jetzt Emma Nagel geb. Richter. Geschäftslokal jetzt Neukölln, Kottbuser Damm 79. — Luft & Türkfeld. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Felix Luft. — Universalia Ernst Palfner & Co. Sitz jetzt Berlin-Wilmersdorf (Halensee), Güterbahnhof, Lagerplatz 3. — A. Wunderlich Nachfolger. Ges. sind jetzt Max und Gustav Kaufmann. Beginn: 1. 11. 17. — Rose & Stern. Siegfried Stern †. — Wilh. Schmeisser & Co. Inh. ist jetzt Oswald Mendl.

[illegible] Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-[illegible] für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die [illegible] Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen [illegible] des [illegible] Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.